

DER BETRIEBSWIRT

### **Wirtschaftsweise brauchen BWL**

Betriebswirtinnen und Betriebswirte sollten den Sachverständigenrat verstärken. Denn ihre Forschung hilft in politischen Fragen.

Von Ali A. Gümüşay und Michael Wolff

Die bevorstehende Neuwahl der Bundesregierung muss als Wendepunkt genutzt werden. Es gibt viele dringende Forderungen an die Politik. Ob nach einer Innovationsagenda wie vom Startup-Verband, nach einer konsistenten Energiewende wie vom Mittelstandsverband BVMW, einer Modernisierungsagenda wie vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder nach Erhöhung des Mindestlohns, wie von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi). Sie haben eines gemeinsam: Für eine wirksame politische Umsetzung brauchen sie die Betriebswirtschaftslehre (BWL).

In Deutschland gibt es rund 3,5 Millionen Unternehmen. Rechnet man andere Organisationen, in denen gewirtschaftet und gestaltet wird, wie Vereine, Kommunalverwaltungen und soziale Bewegungen, mit ein, landet man bei einem Vielfachen davon. Ob Start-ups, Mittelständler oder Großkonzerne - ihre Fähigkeit, sich anzupassen und nachhaltig zu wirtschaften, entscheidet maßgeblich über den Wohlstand des Landes. Nachhaltige wirtschaftliche Lösungen aber erfordern eine integrierte Betrachtung. Obwohl betriebswirtschaftliches Wissen für Unternehmen wie für Einzelpersonen unerlässlich ist, bleibt die Stimme der BWL im politischen Diskurs unterrepräsentiert. Das sollte sich ändern, denn Politik braucht die BWL.

Das zeigt sich etwa in der Elektromobilität: Die Verdopplung des Umweltbonus im Jahr 2020 führte zu einem sprunghaften Anstieg der E-Auto-Verkäufe. Seit dem Auslaufen der Förderung Ende 2023 stagnieren die Zahlen jedoch. Eine vorausschauende, evidenzbasierte Politik hätte hier nicht nur Subventionen gewährt, sondern auch die Unternehmen verstärkt strukturell unterstützt - etwa durch Vorgaben für kostengünstigere Produktion und einen massiven Ausbau der Ladeinfrastruktur. Politische Entscheidungen erfordern eine fundierte Analyse der betriebswirtschaftlichen Mechanismen. Die BWL untersucht, welche Maßnahmen den Organisationen und damit zum Beispiel den 46 Millionen erwerbstätigen Menschen in Deutschland wirklich helfen. Sie weist Wege auf, wie Transformationsprozesse von Beginn an gestaltet werden können, sodass die richtigen Anreize gesetzt werden. Eine aktuelle Diskussion über die Streichung der Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag zeigt, wie relevant dies ist. Würde der erste Krankheitstag unbezahlt bleiben, könnte das paradoxe Effekte erzeugen: Beschäftigte könnten aus finanziellen Erwägungen heraus eher länger zu Hause bleiben. Eine gut durchdachte wirtschaftspolitische Strategie erkennt solche Konsequenzen frühzeitig und berücksichtigt sie.

Die in der BWL erforschten Themen haben häufig einen direkten Bezug zu aktuellen politischen Fragen und Herausforderungen. Hierfür gibt es eine ganze Reihe an Beispielen. Eines ist die Forderung nach Bürokratieabbau. Bürokratie dient der Standardisierung, Stabilität und Fairness. Zu viel davon wirkt aber lähmend. Betriebswirtschaftliche Erkenntnisse können helfen, Effizienzen zu heben, ohne neue soziale und rechtliche Nachteile zu schaffen. Ein weiteres Beispiel für die Relevanz aktueller betriebswirtschaftlicher Forschung sind die internationalen Entwicklungen im Bereich der KI. Large Language Models (LLMs) wie ChatGPT und Deepseek prägen zunehmend das Innovationsökosystem und treiben technologische Fortschritte voran.

Sie gelten als Grundlagentechnologien. Bei ihrer Anwendung verschwimmen die Grenzen zwischen Betriebswirtschaft und Öffentlichkeit, da KI-Technologien sowohl wirtschaftliche Prozesse als auch gesellschaftliche Strukturen beeinflussen. Diese Vermischung führt zu neuen Herausforderungen und Chancen, die Unternehmen, Politik und Gesellschaft gemeinsam gestalten müssen. Ein anderes Beispiel berührt die aktuelle Diskussion über die Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) der Europäischen Union. Die Debatte zeigt, wie wichtig die richtigen Impulse für mehr Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger zielgerichteter Regulierung sind. Die umfangreiche wissenschaftliche Evidenz aus den unterschiedlichen betriebswirtschaftlichen Disziplinen würde helfen, unternehmerische Herausforderungen angemessen zu berücksichtigen, damit diese dem berechtigten Interesse nach nicht nur finanzieller Berichterstattung nachkommen können.

Hinzu kommt, dass Politik nicht nur Rahmenbedingungen gestaltet. Sie ist selbst ein wirtschaftlicher Akteur. In Deutschland gibt es über 20.000 öffentliche Unternehmen wie Krankenhäuser, Ver- und Entsorgungsbetriebe. Diese Unternehmen sind auf aktuelle betriebswirtschaftliche Expertise angewiesen, um trotz knapper öffentlicher Kassen und Fachkräftemangel erfolversprechend geführt zu werden. Gerade hier hilft der Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, damit Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung und kluge Governance-Ansätze wirken können. Das ist aber nicht zu verwechseln mit einer Reduktion auf Steuerung mittels betriebswirtschaftlicher Kennzahlen. Die moderne BWL ist weit mehr als trockene Zahlenschieberei. Sie berücksichtigt nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und ökologische Faktoren, damit öffentliche Unternehmen qualitativ hochwertige Leistungen für die gesamte Bevölkerung bereitstellen können.

Der Einfluss der BWL auf die wirtschaftliche Praxis ist enorm. Sie muss auch politisch mehr gehört werden, und zwar nicht sporadisch, sondern institutionalisiert. Wir brauchen systematisch und institutionell verankert betriebswirtschaftliche Expertise in Gremien und Beiräten, die Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik aussprechen. Insbesondere bei den Wirtschaftsweisen, aber auch im Ethikrat, im Normenkontrollrat, im Beirat des BMWK und anderen Institutionen sind wichtige Perspektiven aus der wissenschaftlichen BWL unterrepräsentiert. Die Aufnahme von Betriebswirtschaftlerinnen und Betriebswirtschaftlern in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Herausforderungen Deutschlands sind komplex - wirtschaftlich, sozial und ökologisch. Betriebswirtschaftliches Wissen muss stärker genutzt werden, um zu nachhaltigen Lösungen zu kommen, Alternativen aufzuzeigen und wirtschaftliche Resilienz zu fördern. Mehr betriebswirtschaftliche Kompetenz in der Politik ist eine notwendige Voraussetzung für eine bessere Zukunft für Wirtschaft und Gesellschaft.

Ali A. Gümüşay ist Professor für Innovation, Entrepreneurship & Nachhaltigkeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Vorstand für Öffentlichkeitsarbeit des Verbands der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für Betriebswirtschaft (VHB).

Michael Wolff ist Professor für Management und Controlling an der Georg-August-Universität Göttingen und VHB-Vorstandsvorsitzender.